

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.

Freitag, den 16. April 1920.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3.

Verschönerung im Reichswehrministerium.

Aus dem Reichswehrministerium wird mitgeteilt:

Dem Reichswehrministerium war gestern eine Nachricht zugegangen, wonach zwischen in der Meldung persönlich genannten Offizieren, die dem Reichswehrgruppenkommando I angehören, eine Besprechung in den Räumen des Reichswehrministeriums stattfinden sollte.

Im Dienstzimmer des Hauptmanns v. Diebahn versammelten sich um 8 Uhr der Hauptmann v. Diebahn, Hauptmann v. Bohstedt, Kapitänleutnant Altvater (ein bekannter U-Boot-Kommandant), Leutnant v. Diebahn, der kürzlich aus englischer Gefangenschaft zurückgekehrte Zivilingenieur Meyer und die Herren Vertram und Kahler. Herr Vertram ist der Gründer des Vereins der Frontsoldaten, während sich Kahler als Uhrmacher aus Groß-Lichterfelde vorstellte.

Die Sitzung hatte begonnen, und es wurde in die Verhandlung bereits eingetreten, als auf Veranlassung des Reichswehrministers die Sitzung aufgehoben wurde. Während der Nacht hat der Reichswehrminister Dr. Gehler selbst die Teilnehmer an der Besprechung verhört. Sämtliche Anwesenden in der Versammlung, mit Ausnahme des Hauptmanns v. Bohstedt, der im dienstlichen Auftrage an der Besprechung teilnahm, sind bis zur weiteren Klärung der Angelegenheit festgenommen und dem Polizeipräsidium zugeführt worden.

Heute vormittag ist in den Bernehmungen fortgefahren worden. Es soll in erster Linie jetzt festgestellt werden, was neben den Teilnehmern an der gestrigen Besprechung an dieser Angelegenheit beteiligt ist, außerdem soll der Tatbestand der gestrigen Versammlung festgelegt und die Untersuchung über die Absichten des Komplotts durchgeführt werden.

Diese Mitteilung, die kaum glaubliche Tatsachen enthält, beweist die Dringlichkeit, mit der endlich mit diesen „Rechtshilfswesen“ ausgeräumt werden muß. Sie zeigt, daß die Ablegungsversuche der nationalistischen Presse von einem bevorstehenden Putsch nichts anderes als Lüge und Heuchelei waren, die dem Zwecke dienen, die maßgebenden Stellen über die unmittelbar drohende Gefahr hinwegzutäuschen und ihre Wachsamkeit einzuschärfen. Endlich wird es hoffentlich den zuständigen Stellen klar werden, daß diese Verschwörerzettel mit ihrem Wesen ausgekehrt werden müssen. Hoffentlich erleben wir nicht seitens der diesfalls gefassten Offiziere das gleiche Schauspiel wie bei den Marineoffizieren in Wilhelmshaven und Cuxhaven, daß bei Anrufung des Reichsmilitärgerichts der Schußbefehl so schnell wie möglich wieder aufgehoben wird. Es ist Zeit, daß die Republik sich — wenn es nicht anders geht, dann mit Gewalt — die Achtung erzwingt, ohne die sie unrettbar einem jeden Verbrecher preisgegeben ist.

Ausdehnung der Krankenversicherungspflicht.

Von Hermann Kollensbuch.

Die keine Verordnung, die der Wirtschaftsausschuß der Nationalversammlung über die Änderung der Krankenversicherung beschloß, hat eine Aufregung hervorgerufen, die nur daraus erklärt werden kann, daß die Leute, die sich darüber in Aufregung reden oder schreiben, keine Ahnung davon haben, was in dieser Verordnung steht.

In einer Versammlung der Berliner Ärzte behauptete Dr. Ritter, daß durch diese Verordnung mehr als neun Zehntel der Bevölkerung der freien ärztlichen Praxis entzogen werden. Die Zuhörer in dieser stark besetzten Versammlung haben es offenbar geglaubt, denn es wird berichtet, daß sie in große Aufregung gekommen sind, aber kein anwesender Arzt hat widersprochen. Herr Dr. Ritter und seine Zuhörer, und auch wohl die meisten Zeitungsschreiber, die sich der Entrüstung angeschlossen haben, sind offenbar in dem Irrtum befangen, daß in der Verordnung steht: alle Deutschen mit einem Einkommen von unter 20 000 Mark sollen gegen Krankheit versichert werden. Derartige trifft aber nicht zu. Die Verordnung ändert nur einige Bestimmungen der Reichsversicherungordnung und in diesem Gesetz in § 165 ist der Kreis von Personen genannt, die gegen Krankheit versichert sein sollen. In § 166 der R.V.O. werden in Ziffer 1 die Arbeiter, Gehilfen und Lehrlinge ohne Ausnahme für Versicherungspflichtig erklärt, dann in Ziffer 2—5 die Techniker, Werkmeister, Angestellten, Gehilfen in Apotheken, Lehrer, Musiker, Schauspieler usw., nämlich in der Hauptsache der Personenkreis, der in der Angestelltenversicherung versichert ist.

Diese in Ziffer 2—5 genannten Personen sind jedoch nur dann der Krankenversicherungspflicht unterworfen, wenn sie ein Jahreseinkommen von unter 2500 M. haben. Sie konnten sich jedoch selbst versichern, wenn sie mehr als 2500 M. Jahreseinkommen, jedoch nicht über 4000 M. hatten. Vor dem Kriege waren fast alle diese Personen gegen Krankheit versichert, denn nach der Statistik der Angestelltenversicherung hatten 83,9 Proz. der Angestellten ein Jahreseinkommen von unter 2500 M., 14,8 Proz. ein Einkommen von 2500 M. bis 4000 M. und nur 1,8 Proz. fielen ganz aus der Krankenversicherung aus. Das änderte sich aber, als während des Krieges die Geldentwertung eintrat und zum Teil durch Gehaltserhöhung ausgeglichen wurde. Nun überschritt der größte Teil die 2500-Markgrenze, die Jahresgehälter liegen über 4000 M., so daß der größte Teil der in § 165 Ziffer 2—5 genannten Personen aus der Krankenversicherung ausschied, ohne daß ihre soziale Lage sich verbessert hätte.

Übergegen schritten am 22. November 1918 die Volksbeauftragten ein, indem sie für diese Personen, die ein Jahreseinkommen von unter 5000 M. hatten, die Versicherungspflicht festsetzten und die Grenze für die Versicherungsberechtigung ganz beseitigten. Da nun seit 1918 die Geldentwertung weitere Fortschritte gemacht hat, so sind die Personen, die früher versichert waren, dann ausgeschieden, weil ihr Gehalt 2500 M. überstieg, darauf wieder versichert wurden, nun aber wieder ausgeschieden, weil ihr Gehalt nun auch über 5000 M. stieg. Gestaltungen, sich selbst zu versichern. Der weitaus größte Teil wird sich selbst versichert haben. Es ist also nur eine Beitragsfrage, ob der Unternehmer einen Teil des Beitrags zahlen soll oder nicht.

Wie weit man aber von neun Zehntel der Bevölkerung, von der Dr. Ritter und seine Nachfolger sprachen, entfernt ist, kann man aus den Zahlen von 1918 ersehen. 1918 hatte das Deutsche Reich 66 978 000 Einwohner. Von diesen waren 42 531 000 über 16 Jahre alt. In Kranken- und Knappschaftsklassen waren 14 449 350, also 34,1 Proz. über 16 Jahre alte Personen gegen Krankheit versichert. Wenn nun dadurch, daß die Werkmeister, Techniker usw. mit einem Jahreseinkommen von 5000—20 000 M. mit versichert werden, die Zahl der Versicherten auf über neun Zehntel der Bevölkerung steigen soll, dann muß man schon annehmen, daß mehr als die Hälfte der Einwohner des Deutschen Reichs Techniker, Werkmeister, Angestellte usw. sind. Das werden aber all die Entrüsteten nicht glauben. Wenn nach zwei Jahren die Krankenkassenstatistik veröffentlicht wird, dann wird sich zeigen, daß sich die Zahl der Versicherten durch diese Verordnung gar nicht geändert hat, sondern die ganze Veränderung ist eine interne Klassenangelegenheit. Ein erheblicher Teil freiwillig Versicherter ist der Versicherungspflicht unterworfen und die Schenkungen, daß die Unternehmer für dieselben Personen bald Beitragsanteile zahlen und bald nicht, sind befeitigt.

Die erhebliche Bedeutung der Verordnung liegt in dem ersten Teil, wonach § 180 der R. V. O. abgeändert wird, indem der wirkliche Arbeitsverdienst der Arbeiter bei Berechnung des Krankengeldes und der Beitragszahlung anzurechnen wird. Mit dieser Änderung ist der Anfang zu einer gesunden Reform der ganzen Arbeiterversicherung gemacht.

Der Rechtsruck des Zentrums.

Blin, 16. April. Wie der Korrespondent der „Frankfurter Zeitung“ berichtet, erläßt ein vorläufiger Vorstand einen Aufruf an die Gesinnungsgenossen zur Bildung eines Rechtsblandes der Christlichen Volkspartei (Zentrum). In dem Aufruf wird gesagt, man könne nicht länger ruhig zusehen, wie im Zentrum eine Linksbewegung zur Herrschaft gelange, die eine Umorientierung im Sinne liberal-sozialistischer Tendenzen bedeute. Die verhängnisvolle Politik, die im Zentrum unter der Führung Erzbergers im Jahre 1917 begonnen und in der inneren Politik zum Bündnis mit der Sozialdemokratie geführt habe, sei tief bedauerlich. Heute stehe man vor einer Kette von Enttäuschungen. Es stehe alles auf dem Spiel. Der Aufruf verlangt als Richtlinie einer christlichen Politik neben einer Anzahl kultureller, wirtschaftlicher und politischer Forderungen die Ablehnung eines deutschen Einheitsstaates, der rücksichtslos alle geschehene und anstehende Gewalt zentralisiert. Es sei zu fordern volle Selbständigkeit der einzelnen gleichberechtigten Gliedstaaten.

Der Aufruf ist nicht nur ein Beweis dafür, daß im Zentrum seit Erzbergers Verschwinden die reaktionäre Strömung Oberwasser zu gewinnen sucht, sondern er zeigt auch von einem mangelnden Verständnis für gegebene Tatsachen und Notwendigkeiten. Der rechte Flügel des Zentrums ist im Irrtum, wenn er annimmt, als erblicke die Sozialdemokratie in der Koalition ein Ideal, an dem unter allen Umständen festhalten werden müsse. Wenn sie trotzdem seit nunmehr 1 1/2 Jahren an dieser Koalitionspolitik teilnimmt, deren Träger und Führer sie ist, so geschieht dies im Interesse des deutschen Volkes und der Erhaltung der Demokratie, an der doch auch dem Zentrum einiges gelegen sein sollte. Mag man auch diesem Aufruf sowie dem Verstoß des Zentrumskoalitionstrümbans, der durch seine Rede in der Nationalversammlung wohl den Luftstoß hierzu gab, keine besondere Bedeutung beimessen, so sind doch derartige Ausführungen nur geeignet, das ohnehin nicht leichte Zusammenarbeiten ohne irgend welchen Nutzen außerordentlich zu erschweren.

Ein Wahlblock der Festbesoldeten.

München, 16. April. Nach der „München-Kuglburger Abendzeitung“ ist bei den bevorstehenden bayerischen Landtagswahlen mit einem großen festbesoldeten Block der Festbesoldeten zu rechnen in Stärke von 680 000 Mitgliedern, der verhindern soll, daß die Interessen seiner Kreise im Landtag nur von reinen Parteiverbindungen wahrgenommen werden.

Demonstrationen in Oberschlesien.

Protest gegen die Ententekommission. Bouthen, 15. April. Der „Oberschlesische Wanderer“ meldet: Unter dem Druck ihrer Anhänger schoben sich die Organisationsleitungen der Arbeiter und Angestellten aller Richtungen genötigt, für Sonntag in allen größeren Städten Oberschlesiens große gemeinsame Protestkundgebungen gegen die Ententekommission der Interalliierten Kommission zu ver-

anstalten. Es nehmen zunächst nur die Vertrauensmänner und Funktionäre der Organisationen teil, neben den Arbeiter- und Angestelltenorganisationen die Post-, Eisenbahn- und Kommunalbeamten sowie die übrigen Behörden. Der polnische Zentralverband sagte die Beteiligung zu. Die Teilnahme der polnischen Berufsvereinigungen steht noch nicht fest.

Lebensmittel aus Holland für Deutschland. Erfolgreiche Intervention.

Seit zirka acht Wochen streiken in Rotterdam und Amsterdam die Hafenarbeiter und Seeleute wegen Lohnforderungen. Die holländischen Abeder und Kauffleute haben in den letzten Jahren märchenhafte Gewinne gemacht. Zugestanden ermaßen geht es ihnen bei diesem Kampf deshalb auch gar nicht um die Abwehr der Lohnforderungen, sondern um die Vernichtung der Organisation. Infolge des Streiks blieben in den holländischen Häfen für Deutschland geladene Lebensmittel im Werte von zirka einer Milliarde Mark liegen, die wir aber immer, nötiger zur Sicherung unserer Volksernährung brauchen. In der ersten Streikzeit unternommene Versuche, die Streitenden zur ausnahmeweisen Beförderung der für Deutschland bestimmten Lebensmittel zu veranlassen, waren ergebnislos, und noch vor kurzem wurde die Beförderung von Lebensmitteln für Wien abgelehnt. Am Streik beteiligt sind zu etwa gleichen Teilen der gewerkschaftliche „Centrale Bond“ und die syndikalistische „Federation“, die den deutschen Kommunisten nahesteht. Besonders die Letztere verhielt sich strikt ablehnend, da sie dadurch die Abschwächung des Streiks befürchtete.

Führende Mitglieder der holländischen sozialistischen Partei, die sich seit einiger Zeit erneut um die Freigabe der deutschen Lebensmittel bemühten, ersuchten das Wirtschaftsministerium um Entsendung einer Kommission aus Vertretern der Gewerkschaften und der beiden sozialistischen Parteien, da dann Aussicht auf Erfolg der Verhandlungen bestände. Diese Kommission, bestehend aus dem zweiten Vorsitzenden des deutschen Transportarbeiterverbandes, Genossen Döring, dem sozialdemokratischen Abgeordneten Franz Krüger und dem unabhängigen Abgeordneten Koenen, verhandelte vom 7. bis 13. April mit den Organisationen der Streitenden in Holland. Dank der Unterstützung durch holländische Partei- und Gewerkschaftsführer waren die Verhandlungen erfolgreich. Es wurde ein Abkommen geschlossen, wonach die beiden streikführenden Organisationen die zum Verladen usw. der deutschen Lebensmittel notwendigen Arbeitskräfte zur Verfügung stellen, denen der geforderte Lohnsatz von 8 Gulden gezahlt wird. Dieses Entgegenkommen der Streitenden wurde auch auf die Lebensmittel für Deutschösterreich ausgedehnt. Mit dem Lebensmitteltransport sollte sofort am 14. April begonnen werden.

Die Konferenz von San Remo.

Paris, 16. April. (A.L.) Die Konferenz in San Remo wird sich außer mit den deutschen und türkischen Fragen auch mit der Wiederaufnahme des Handels mit Rußland und der Anerkennung der Räteregierung beschäftigen. Man erwartet, daß Ritti darauf dringen wird, daß es diesmal zu günstigen Beschlüssen kommt.

Die K. P. D. gegen links. Warnung vor Teilkämpfen.

Durch die Begründung der „Kommunistischen Arbeiterpartei“ hat die K. P. D. den Vorteil verloren, die äußerlich „radikalste“ Partei zu sein, auch sie muß sich jetzt gegen links wenden. Nach Mitteilungen der „Roten Fahne“ hat dieser Tage ein kommunistischer Parteitag stattgefunden, und eine Entschliessung angenommen, in der es heißt:
Nur der überzeugte Wille der großen Massen des industriellen und ländlichen Proletariats kann die Grundlage der Mächtigkeitsbewegung sein. Der Prozeß der Sammlung des Proletariats, der durch gemeinsame Kämpfe wie die im März unternommenen gesteigert und vertieft wird, wird aber auf das empfindlichste gestört, wenn im Laufe der Kämpfe sich Teile des Proletariats loslösen und Ziele unmittelbar demokratischen Wollens, die das Proletariat in seiner überwindlichen Mehrheit noch ablehnt, oder beginnt, Mittel anzuwenden, wie die Sabotage, die das übrige Proletariat als gegen sich gewendet ansieht, oder versucht, durch gegen die Arbeiter gerichtete Gewaltmaßnahmen diesen die Auffassungen zu bringen, die sie in Wirklichkeit nur aus ihren Kämpfen als Klasse gewinnen können. Das Proletariat kann sich nur selbst befreien; es kann kein anderer für das Proletariat die Befreiung besorgen, noch mit Maschinengewehren das Proletariat zu seiner Befreiung zwingen in einem Stadium, in dem die Entwicklung der Massen noch im Fluß ist.
Das ist die denkbar schärfste Beurteilung der Politik, die die Kommunisten bisher getrieben haben.

Ein Offizier über die erledigte Front. Die Tätigkeit der Soldatenräte.

Eine Berliner Korrespondenz ist in der Lage, die in der Zeitschrift „Weltbühne“ veröffentlichten Mitteilungen eines Generals . . . über die Vorgeschichte unseres Zusammenbruchs schon jetzt zu veröffentlichen. Der Offizier nimmt dieses Mal zu der Frage der Reklamationen Stellung und macht Aufsehen erregende Mitteilungen über die Haltung zahlloser Angehöriger des Offizierskorps. Er schreibt:
Die heimischen Behörden vergrößerten sich ständig. Es wimmelte überall von Offizieren, die oft einen verächtlich rüchtigen, martialischen Eindruck machten und die auch alle das Eisenerz-Kreuz hatten. (Die es noch nicht haben, bekommen es heute, wie man lässig aus den Reihen der Jünglinge über Ordensverleihungen ersieht.) Die höheren Offiziere gingen manchmal sogar wirklich an die Front und aßen dort in den Stabsquartieren beieinander ebenfals wie zu Hause. Manche drangen an den ruhigen Fronten, wenn sie Glück hatten, bis in den Graben vor. Man nannte sie die Kreuzfahrer, denn nach solcher Felderfahrt bekamen sie unrettbar das Eisenerz-Kreuz. Das Drückedergewicht war allmählich eine Wissenschaft geworden.
Ueber die ersten Sturmzeichen der Revolution im Frühjahr 18 schreibt der gleiche Offizier:
Ganze Truppenkörper weigerten sich, von Osten nach Westen zu gehen und meuterten. Auf einem Bahnhof wurde geschossen, und es stellte sich heraus, daß die Offiziere dieses bestimmten Truppentransports bis auf einen beurlaubt waren. Ein alter Ersahmajor eilte herbei, griesel, ganz gegen seine Absicht, in das Feuer der Meuterei und entließ mit den Worten: Das sei der schwarze Tag seines Lebens.
Ueber den Ausbruch der Revolution und die Tätigkeit der Soldatenräte schreibt der General folgendes:
Die Führer, die folgen, allmächtigen Herrscher, stoßen entsezt. In einer kleinen Stadt stiegen zwei Parteien aus dem Zuge, gingen zur Parade, alarmierten das Landwehrbataillon, leiteten dessen Offiziere vor versammeltem Kriegsvolk ab — der Kommandeur floh in Zivil mit einem Handkofferchen — und ernannte einen Soldatenrat. — Gott sei Dank schafften die Soldatenräte an den meisten Stellen zunächst notwendige Ordnung, bis ganz allmählich die alten Machthaber hervorgefahren kamen,

Die Reaktion.

Von David Haef.

Der Wagen war aus einer Kulkenschale gebildet. Zwölf Arzbe waren vorgepannt, Nachbarn und Plakatkäufer umschwirren ihn als Ehrengarde. So zog die Reaktion am hellen Tag in der Welt umher. Sie hatte in der Schule genügend Raum, denn so groß sie auch scheint, so gering ist sie auch.
Uebermütig rief sie jetzt laut aus mit fragender Stimme:
Wer ist an Macht mir gleich? Wer kann mit mir an Kraft sich messen? Ich denke die Nacht, ich beschalte die Nacht, ich unterjoch die Völker, ich umspanne den Erdball mit eburnen Pfeilen! Wer kann mich widerstehen? Wer kann mich hemmen? Und wer bringt meine Gewalt zum Weichen?
„3-1-1-1!“ schrie da von einer nahen Fabrik die Dampfpeise.
Die „Freie Volksbühne“ hatte am Donnerstag ihre Mitglieder zu einer außerordentlichen Generalversammlung ins Gewerkschaftshaus geladen. Als wichtigster Punkt stand die Frage der Verschmelzung der beiden Freien Volksbühnen auf der Tagesordnung. Der Generalsekretär des Verbandes der „Freien Volksbühnen“, Dr. Kestner, sprach zunächst über das Thema: „Neue Wege und Ziele der Volksbühnenbewegung.“ Er stellte das Wesen der Volksbühnenvereine dar, behandelte einige Einwände, die in letzter Zeit gegen das Organisationsprinzip der Volksbühnen und gegen den Charakter der von ihnen gebotenen Vorstellungen erhoben worden waren, und sprach dann über die Aussichten der weiteren Entwicklung der Volksbühnenbewegung. Besonders ging er ein auf die beabsichtigte Verschmelzung der beiden Berliner Vereine, der „Freien Volksbühne“ und der „Neuen Freien Volksbühne“. Er gab ein Bild der Verhandlungen und der erzielten Vereinbarungen und empfahl dringend die Annahme eines von der Verwaltung und der Ordnerschaft eingebrachten Antrages folgenden Wortlauts:
Nachdem die „Neue Freie Volksbühne E. V.“ für die Sitzungen gemäß den Vereinbarungen mit der Verwaltung der „Freien Volksbühne“ geändert und den Namen „Volksbühne E. V.“ angenommen hat, beschließt die Generalversammlung der „Freien Volksbühne“, ihre Organisation mit dieser zu vereinigen und zu diesem Zweck mit Ablauf der Spielzeit den Verein aufzulösen. Der sodann notwendige Umtausch der Mitgliedskarten zur „Volksbühne E. V.“ erfolgt in der bisherigen Weise.
Die Versammlung stimmte diesem Antrage ohne jede Diskussion zu. Der Beschluß gab dem Vorsitzenden der „Freien Volksbühne“, Kurt Gante, Anlaß zu einem Rückblick auf die Geschichte des Vereins und zu einer Würdigung seiner Bedeutung. Ein Bild jahrelanger erster Kulturarbeit trat vor die Augen. Nun hat die Entwicklung zu einem Abschluß gedrängt, der eine neue Stufe des Aufstiegs bedeutet. Die warm und gefühlvoll gegebenen Ausführungen wurden von lautem Beifall der Versammlung begrüßt.

zuerst in Zivil, dann auch wieder in Uniform. Die Revolution war die Offensiv des entkräfteten und zur Verzweiflung gebrachten Volkes gegen das unheilvoll persönliche Regiment Wilhelm II. und die damit verbundene Korruption.
Wenn daher der Frontsoldat vom Dolchstoß der Heimat in den Rücken der Armee spricht, so tut er das im guten Glauben; er weiß nicht, daß die Heimatarmee und die Heimat überhaupt durch Schwäche, Eigenart und Unfähigkeit der leitenden Stellen längst hinterrücks erledigt worden waren.“

Ein Schutzbataillon mit Flammenwerfern.

Von vollkommen zuverlässiger Seite geht uns folgende Mitteilung zu:
Ein „Schutzbataillon Berlin“ stellt auch jetzt noch dem Reichswehrministerium ein, und zwar in bevorzugtem Gegensatz zu dem Einwohnerschutz nur gediente Leute. Das Regiment scheint sich auf alle Eventualitäten vorzubereiten, denn es werden dort junge Studenten auch als Flammenwerfer eingesetzt. Es besteht Grund zu der Annahme, daß die Technische Hochschule nähere Auskünfte über diese Dinge zu geben in der Lage ist. Merkwürdigerweise haben die Kappferien an dieser Hochschule, die auf Veranlassung des Studentenausschusses anberaumt wurden, bis zum 8. April gedauert. Sollte vielleicht die Prüfungszeit zu weiteren Rüstungen ausgenutzt werden?
Es scheint, als wenn auch hier wieder Studenten sich zu Trägern der Reaktion machten. Wachsamkeit der Regierung diesen Bestrebungen gegenüber ist dringend geboten.

Die in unserer Donnerstag-Morgenausgabe erwähnte militärische Werbekette im Bahnhofs Zoo ist auf Veranlassung des Staatskommissars für öffentliche Ordnung heute aufgehoben worden.

Der Reichswehrminister über das Berufsheer

Heute erschien beim Reichswirtschaftsverband Deutscher ehemaliger und derzeitiger Berufs-soldaten der Reichswehrminister. Der Verbandsvorsitzende Frank hob in der Begrüßung die Ziele des Verbandes hervor: die Erziehung der Mitglieder zur wirtschaftlichen Selbsthilfe und zu denkenden Menschen. Reichswehrminister Dr. Gessler ergriff das Wort zu folgenden Ausführungen: Deutschland kämpft um sein Leben. Unter wirtschaftlichem Leben ist nur glänzendes Leben. Die wirtschaftliche Unfähigkeit ist der tiefste Grund der Erschütterungen unseres Volkes. Wirtschaftliche Sorgen brüden auch die Reichswehr. Der Friedensvertrag mache die Reichswehr zu einem Berufsheer, während wir bisher auf unser Volksheer stolz waren. Aber die Geschichte des Beamtenberufes lehrt, daß es im Wesen eines öffentlichen Berufes liegt, in der treuen Hin- und Herbewegung an die Gesamtheit seine Ehre zu finden. Bei guten Beziehungen zwischen Heer und Volk wird ein tüchtiges Berufsheer doch etwas anderes, als ein Soldatenheer. Die Reichswehr ist wie jeder Stand ein Teil des Volkes mit allen Rechten und Pflichten und ich beanspruche für die Reichswehr die Rechte wie für jeden anderen Stand. (Zustimmung.) Wirtschaftliche Selbsthilfe ist für Sie notwendig. Reich, Staat und Gemeinde werden nach Wiederkehr geordneter Finanzwirtschaft alle berechtigten Ansprüche erfüllen. Aber die heutige Wirtschaft entwertet unser Geld immer mehr. Da haben alle Streiks keinen Wert und der Handelsverkehr mit dem Auslande wird unmöglich. Auch staatsbürgerliche Erziehung ist unentbehrlich.

Den Grundfragen des öffentlichen Lebens darf der einzelne nicht teilnahmslos gegenüberstehen. Die Reichswehr soll ein lebendiges Organismus sein, in dem es Aufstieg von unten bis oben geben muß. Seine Herabwürdigung der Leistungen oder der Tüchtigen frei Bahn! (Zustimmung.) Ueber das Wahlrecht entscheidet die Nationalversammlung. Kernfrage ist die Tagespolitik in der Reichswehr. Vorklagen würde ich es, wenn es auch bei der Reichswehr zu politischer Herrschaft käme. Wir sollen sie dann ihre Aufgabe erfüllen. Es kann nur Freiheit der politischen Betätigung geben (lebhaft Zustimmung), nicht Zwang zu einer bestimmten Politik. (Lebte Kameradschaftlichkeit würde dadurch unmöglich. (Zustimmung.) Wenn Sie nicht in der Stunde der Gefahr wissen, daß Sie sich aufeinander verlassen können, dann müßte die Reichswehr das wesentlichste entbehren, was wir aus der alten Zeit übergeben haben. Vieles, aber nicht alles war schlecht am

alten Heer. Sonst hätten wir nicht 4 1/2 Jahre uns gegen eine ganze Welt gewehrt. Rinden wir uns aber mit der neuen Zeit und dienen nur dem Vaterlande. Richtig ist

Disziplin des freien Mannes (lebhaft Zustimmung), der sich mit ganzer Kraft für Durchführung des als richtig Erkannten einsetzt. Daß ein Heer ohne Disziplin nicht bestehen kann, hat das letzte Jahr gelehrt. Mit tiefer Trauer sehen wir in weiten Kreisen die Achtung vor dem Heer schwinden. Es ist anders geworden, das Verhalten der Reichswehr im Ruhrgebiet hat das gezeigt. Solange ich im Amt bin, will ich ein treuer und redlicher Vermittler zwischen dem deutschen Volk und der Reichswehr sein. Sie werden von mir eine Verfügung bekommen, daß ich zum Zusammenarbeiten mit den Berufs-soldaten gern bereit bin. (Lebhafter Beifall.) Wenn Sie die Interessen des Vaterlandes im Auge behalten, werden Sie auch Ihren eigenen wohlverstandenen Interessen dienen. (Stürmischer Beifall.)

Der zweite Verbandsvorsitzende v. Odenhausen versicherte, der Minister werde in der Organisation der Berufs-soldaten eine nicht mangelnde Stütze finden. Disziplin müsse im Heere sein, aber der Soldat wolle auch ein denkender Mensch bleiben dürfen. (Zustimmung.) Will ein Führer die Waffe gegen das Volk führen, so soll sie ihm in der Hand zerbrechen. (Beifall.) Der Oberbürgermeister Dominicus-Schöneberg wies hin auf die Erfahrungen der allerletzten Zeit, die wieder die Notwendigkeit einer disziplinierten für die Regierung einsetzenden Truppe gezeigt habe. (Beifall.)

Mit einer kurzen Erwiderung verabschiedete sich der Minister. Die Tagung nahm dann ihren Fortgang mit der Beratung von Berufsfragen und Verbandsangelegenheiten.

Der Ersatz für Scapa Flow.

Berlin, 15. April. Der Vorkriegsersatz hat sich in seiner heutigen Sitzung auch mit der Verteilung der von Deutschland als Ersatz für Scapa Flow gelieferten 192 000 Tonnen Hafenmaterial beschäftigt. „Temps“ glaubt erklären zu können, daß etwas weniger als die Hälfte des gelieferten Hafenmaterials unbrauchbar sei. Das „Journal des Debats“ aber erklärt, es handle sich nur um einen kleinen Teil des gelieferten Materials, der nicht verwendbar sei.

Die „Deutsche Tageszeitung“ hat es sich angelegen sein lassen, in der Berichterstattung über den Prozeß Robin-Sklarz durch Anordnung des Druckfahrs den Anschein zu erwecken, als habe Genosse Scheidemann behauptet, Sklarz habe der Regierung einige Gefälligkeitsurteile erwiesen. Demgegenüber ist festzustellen, daß der Sinn der Scheidemannschen Aussage absolut klar war. Er hat festgelegt, daß niemals jemand durch seine Freundschaft in der Lage gewesen sei, Geschäfte zu machen. Im Falle Sklarz handelte es sich nicht um Gefälligkeitsurteile für Sklarz, sondern um die Leistungen, die Sklarz der Regierung, ja man könne im Hinblick auf die damaligen Zustände sagen, dem ganzen Reich geleistet hätte, indem er sich bemühte, Lebensmittel zu beschaffen.

197 Milliarden Reichsschulden. Im Haushaltsausfluß der Nationalversammlung teilte der Reichsfinanzminister Dr. Wirth gestern mit, daß am 31. März d. J. unsere finanziellen Schulden 92 Milliarden Mark, die schwebenden Schulden 105 Milliarden, zusammen also 197 Milliarden Mark betragen. Dabei ist zu berücksichtigen, daß in der nächsten Zeit die schwebenden Schulden weiter stark anwachsen werden.

Erst-Fagen und der Einmarsch. Der „Vorwärts“ hat (verlebenslich) sogar schon zweimal mitgeteilt, daß der Unabhängige Erst-Fagen bestreitet, für den Einmarsch in das Ruhrgebiet eingetreten zu sein. Die „Freiheit“ schreibt trotzdem: „Der „Vorwärts“ ist weigert.“ Es ist uns leider unmöglich, jede Meldung so oft zu wiederholen, bis sie jeder Mitarbeiter der „Freiheit“ gelesen hat.

Amtsniederlegung. Der durch seine politische Tätigkeit bekannte Professor Wilhelm Förster ersuchte das Kultusministerium um Entsendung von seinem Lehramt an der Münchener Universität, weil die deutschen Universitäten zurzeit nicht der Boden seien, auf dem ein neues Deutschland erwachsen könne.

Die Hamburger Truppenverschiebungen. In Verdrängung eines Hörfehlers in unserer gestrigen Meldung ist mitzuteilen, daß die Hamburger Sicherheitswehr nun auch nach die Verwahrung der Deposits und Militärgelände in Harburg und Wahrenfeld übernehmen soll, wodurch sie noch mehr geschwächt wird.

Dann berichtete der langjährige Geschäftsführer des Vereins, Gustav Binkler, noch über das Vermögen des Vereins, das durch die Verschmelzung auf die Volksbühne E. V. übergehe. Aus den Reihen der Mitglieder wurden verschiedene bemerkenswerte Wünsche in bezug auf den Spielplan und die Einrichtung von Jugendabteilungen geäußert. Damit schloß die harmonisch verlaufene Versammlung.

Karl Hauptmann, der ältere Bruder Gerharts, ist in Schreiberhau von einem Schlaganfall betroffen worden. Nach dem Urteil der Ärzte wird er auf lange Zeit seinem Dichterschaffen entzogen sein.

Eine Konferenz über den Schutz von Kunstwerken und Kunsthandwerkern, die unter Teilnahme des Reichsfinanzministers Dr. Rebsch in Stuttgart gelagt hat, betraf die kappere Gefahr der Verschleuderung von künstlerischem Kunstgut ins Ausland. Man erzielte Uebereinstimmungen darüber, daß eine Verordnung erlassen werden soll, die den Ausfuhrverbot der Körperkassen, Anstalten und Stiftungen schützt, besonders gegen diese Gefahr.

Friedrich Kayler los Willwood im Wälfersaal eine reiche Fülle ihrer Dichtungen Conrad Ferdinand Meyer. Diese Fülle ist an sich willkommen und sie deutet auch auf die geistige Persönlichkeit des Vortragenden. Aber harmonisiert sie auch mit seiner Vortragensweise? Als ein kunstvoll gemeisterter Markstein erhebt der Schweizer Dichter, der Zeitgenosse des so anders, volksbürgerlich gearteten Gottfried Keller, sich am Abschluß der Epoche klassischer deutscher Dichtung, deren Formwille mit ihm zum letzten eine vollendete Wille künstlerischen Werdens erlebte. Durchgeleitete Plastik ist das Wesen der Dichtung. Das hob sie ab von der Dichtung, die von den zwanzig Jahren vor dem Kriege als Ausdruck ihrer neuen Generation getragen wurde, gab ihr einen Sonderplatz in der Welt, deren Kunstgenossen, von Stimmungsempfindung gedrängt, auf ursprüngliches Fühlen gerichtet war. Kayler wurgelt in dieser Generation als Geist von ihrem Geist. Blut von ihrem Blut, im stillen Spiel wie in der künstlerischen Farbe, und nun war der Eindruck des geistigen Werdens alles in allem der, daß die Ausdrucksmittel einer auf Stimmungsempfindung beruhenden Kunst für das Wesentliche der Dichtung Webers nicht ausreichen.

Rein Zweifel, der Künstler fällt sich dem geistigen Kern des Dichters nahe (in Augenblicken prägte sich die Uebereinstimmung unmerklich in der Bewegung seiner Rienen aus). Aber um jenes Wesentliche, das Plastik ist, in der Größe des Ganzen der einzelnen Gedichte herauszugewinnen, dazu gehört, über das seelische Malen hinaus, ein Weihen und Werten, das eben in der letzten Generation selten war und das auch Kayler gestern in den bescheidensten Stücken nun bezugte. Die Dichtung Webers will gleich Werten und Statuen, in gewisse Kerne gerückt, betrachtet und schert werden; Kayler aber rief die Tauscherden zu nah an die Kunstwerke heran, so daß nun wohl das Einzelne löste, nicht aber das Ganze festlich gestaltet herauswuchs. Das gilt vor allem für wertvolle Schöpfungen, die der Künstler im zweiten Teil des Abends sprach.

Den Anfang bildeten an dreißig Stücke der fast fortlebenden Dichtung „Gitters letzte Tage“, dieses Werk, in dem die

bürgerliche Auffassung der Mitte des letzten Jahrhunderts, die aus gutten geschichtswidrig ein Symbol nationaler Kampfsiele herrierte, höchst kraftvoll verklärt wird. Kayler lasse, um den hochschmüßigen der Verse zu treffen, eine derbe männliche Kaufheit in die Stimme. Das liegt nahe. Aber oft meinte auch hier der Wunsch, die martige Klarheit des Bildnisses der Verse lasse sich mit klarer schneidenden Betonungen der entscheidenden Worte ein-druckreicher herausbringen.

Daß das Kubitum den Geist der Dichtung, Kayler folgend, in seiner Weite erfährt hätte, wurde durch ein bemerkenswertes Reichen bestritten: das Stück „Deutsche Literatur“, das dem deutschen Einheitsgedanken und Staatshoffen huldig, wurde mit lautem Beifall bedacht, aber jenes Stück „Menschheit“, das über das Rationale hinausdringt, brachte keine Hand in Bewegung. Was um so drastischer wirkte, als Kayler gerade dieses Gedicht mit Hingabe seiner höchsten Dichtmeister über alles andere hinausgab.

Amor auf Reisen, aus einem Blumenthal-Kadelburgischen Schwank in eine Operette verandelt, wurde gestern im Thalia-Theater uraufgeführt. Von Walter H. Goehe mit Musik durchdrängt, mutet das Ereignis an wie Kolloms mit Schlagobine. Aber Vellermann, einer der lustigsten Blumenthal-Kadelburgischen Figuren, geht von dem einwigen quersüßigen Ferry Silla gespielt, macht alles. Das Paar, am dem Amor seine Kunst erprobt, wird von Walter Herz-Ludemann und Ella Weinig sehr ungleich vertreten. Während der männliche Teil im allgemeinen gut singt (sein Operettentenor ohne jealichen „Anndel“ scheint so selten zu sein, wie ein weißer Kabe), gab der weibliche Teil schmerzhaft falsche Töne von sich, ohne dieses Ranko an Musikalität durch sonstige bestechende Eigenschaften weitzumachen. Um so besser wurde das weibliche arme Paßherl auf dem Schiffe durch Betty Feiner verfürpert. Nur die Münchenerin glaubte man dieser raffigen Wienerin nicht. Sonst wäre noch Theo Stolzenberg als gewandter Oberstward zu nennen. Wenn das Orchester erst einmal Hoehrs muntere und schmächtige Weisen spielen kann, dann braucht man den seligen Busch („Musik wird oft nicht schön empfunden, obwohl sie mit Geräusch verbunden“ oder so ähnlich) nicht mehr zu säubern. Im allgemeinen hüßlich und flott, freilich auch mit reichlich viel Süßstoff durchsetzt, bietet der musikalische Teil keine besonderen Ueberraschungen, von einigen humorvollen Einfällen abgesehen.

Die Reaktion. Das an der Spitze des Revueletons abgedruckte Gedicht in Prosa von Haef entstammt dem Buche „Phantasie und Lebensbilder“, das in Reclams Universalbibliothek erschienen ist. Theater. Direktor Altmann hat für das kleine Theater in Berlin das Schauspiel „Der Arzt und der König“ von Michaelis erworben. — Maximilian Glöckel hat wieder die Reclamsbühnen für den Sommer gepachtet und wird in einem der Häuser „Lafleur“ auführen.

Die große Volkssper Berlin veranstaltet am 27. April im Rarmor-saal Zoo ein großes Orchester- und Chorconcert in Form eines Beethovenabends. Auch die 2. Sinfonie steht im Programm. Dirigent ist Paul Scheinpflug. Solisten Josef Mann, Ullie Sanden (Städtischer Sings), Karl Krüger, Frida Langendorf.

Der Zollerprinzip vor Gericht.

Am großen Schwurgerichtssaal des alten Kriminalgerichts begann heute vormittag die Verhandlung gegen den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen, Wittmeister a. D. Hubert v. Platen und Erbprinz Waltried von Hohenlohe-Langenburg. Die Anklage lautet gegen den Prinzen Joachim Albrecht von Preußen und Wittmeister v. Platen, deren Verteidigung Justizrat Bronker übernommen hat, auf gemeinschaftlich begangene Mordtötung. Gegen v. Platen außerdem wegen Körperverletzung. Die Anklage gegen den Erbprinzen Hohenlohe-Langenburg, der von Rechtsanwält Chodziesner vertreten wird, ebenfalls auf Körperverletzung. Die Verhandlung leitet Landgerichtsdirektor Baumbach, während Staatsanwalt Gerlach die Anklage vertritt.

Das Kriminalgericht war schon lange vor Beginn der Verhandlung streng abgesperrt. Die ausländische Presse, namentlich die englische und amerikanische, war sehr stark vertreten, während kaum ein französischer Korrespondent erschienen war.

Die drei Angeklagten erschienen gegen 9 1/2 Uhr im Gerichtssaal. Gegen 10 Uhr eröffnete Landgerichtsdirektor Baumbach die Sitzung und rief zunächst die Zeugen auf. Ueber dreißig Personen sind geladen, um über

Die Vorgänge im Hotel Adlon

auszusagen. Einer der Hauptbelastungszeugen, der aus zahlreichen Prozessen bekannte Graf Metternich, ist nicht erschienen und hat sich nach der Schweiz begeben. Unter den Zeugen befinden sich Kapitän Klein, Kapitän Rougevin, Generaldirektor Sejnicks, der sich jedoch entschuldigt hat, Herr Lorenz Adlon, Prinz Viktor Saluator v. Pienburg, Frau v. Platen, die Gattin des Angeklagten u. a. Die französischen Offiziere waren zunächst noch nicht erschienen. Landgerichtsdirektor Baumbach spricht seine Verwunderung darüber aus, daß die Herren als Kapitane bezeichnet werden. Vermutlich seien sie Hauptleute.

Es wird dann in die Vernehmung eingetreten. Vorsitzender zum Prinzen Joachim Albrecht: Darf ich Sie, Herr Metternich, zu näheren Angaben über Ihre bisherigen Leben bitten? Prinz Joachim Albrecht: Ich bin am 27. September 1876 geboren und lebe in der Nähe von Salzburg in Oesterreich. Wegen eines Beinleidens mußte ich meinen Abschied als Offizier nehmen, da ich nicht mehr in der Lage war, meinem Kaiser und Könige und Herrn zu dienen. Politisch habe ich nie getrieben und tue es auch nicht, weil ich der Ueberzeugung bin, daß der preussische Offizier nicht Politik zu treiben hat.

Ich bin kein Nationalist

sondern trage meinen Patriotismus im Herzen. Jetzt zuecht bin ich seit etwa Mitte Januar wieder in Berlin. An jenem Abend sah ich mit Herrn und Frau v. Harfeld in einer Ecke des Saales. Wir hatten zu dritt eine Flasche Sekt und eine Flasche Rotwein geordnet. Ich war nicht im geringsten animiert oder betrunken. Vors.: Wie kam es denn nun, daß „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt wurde? Prinz Joachim Albrecht: Ich habe an diesem Abend das Lied nicht bestellt. An früheren Tagen habe ich es wohl getan, denn es ist eines der schönsten Lieder für mich. Vors.: Satten Sie die Absicht, damit die Ausländer zu ärgern? Prinz Joachim Albrecht: Das lag mir völlig fern. Vors.: Wurde denn bei Antonierung dieses Liedes immer aufgehoben? Prinz Joachim Albrecht: Jawohl. Einige Tische blieben allerdings sitzen. An diesem Abend blieben nur zwei Tische sitzen. Von dem einem Tisch glaubte ich deutsche Leute gehört zu haben, es war aber zu weit weg. Welcher Nationalität die Leute angehörten, weiß ich nicht.

An Hand einer Skizze, die vom Hotelbesitzer Lorenz Adlon angefertigt wurde, wird dann festgestellt, wo sich der Tisch des Prinzen und der der Franzosen befunden hätte. Ich kamte wieder den Wittmeister v. Platen nach den Erbprinzen Hohenlohe-Langenburg. Ich habe vielmehr den Eindruck gehabt, daß die Pronazional von anderer Seite erfolgt ist. Vors.: Graf, Sie sind die deutsche Nationalhymne vor doch eigentlich „Heil Dir im Siegertrug“, durch die Revolution ist sie ja nun abgeschafft. „Deutschland, Deutschland über alles“ ist doch nicht offiziell als Nationalhymne zu bezeichnen. Prinz Joachim Albrecht: Wir hat Herr v. Benzin, der hier auch als Zeuge vernommen wird, erzählt, daß in der französischen Besatzung die deutschen Mannschaften für das Singen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ dreißig Tage Arrest erhielten, ein Zeichen, daß die Franzosen es als Nationalhymne kannten. Vors.: Sie sagten also das Singen bleiben als Provokation auf? Prinz Joachim Albrecht: Jawohl, weil gerade ein Tisch sitzen blieb. Nachdem dann das Lied zu Ende ging, hörte ich rechts von der Terrasse her in scharfer Folge die Rufe:

Auffstehen! Raus! Auffstehen! Raus!

Nach blühte nach rechts und sah, wie eine ganze Anzahl Leute langsam in den Saal hineindrängten. Ich habe dann, um meinen Unmut über das Singen zu zeigen, einen Tisch aus dem Saal zu rufen, zwei Lichter von meinem Tische zu Boden geschleudert und mich dabei geäußert, es ist doch ein Skandal, daß diese Leute nicht aufstehen. Da ich das in ziemlich scharfer Ton zu Frau v. Harfeld gesagt habe, nehme ich an, daß die in der Nähe sitzenden Personen geglaubt haben, ich habe mit den Rufen „Auffstehen!“ angefangen. Wo die beiden Lichter hingeflogen sind, weiß ich nicht. Ich wollte sie aber keineswegs zu den Leuten hinüberwerfen. Vors.: Sie sollen

mit allen möglichen Gegenständen geworfen

haben, mit Sektgläsern, Weingläsern, Tassen, Lichtern und Blumen. Prinz Joachim Albrecht: Das befreite ich auf das energischste. Vors.: Sie sollen auch gerufen haben: „Schlagt die Juden tot“. Prinz Joachim Albrecht: Das habe ich nicht gerufen, das wäre ja auch völlig unlogisch gewesen.

Darauf wird Wittmeister v. Platen vernommen. Ueber die Vorfälle im Adlon-Hotel sagt er aus: Ich gebe zu, daß ich mich am Tische „Auffstehen“ beteiligt habe. Vors.: Haben Sie auch „Raus“ gerufen? Angeklagter: Das ist möglich. Als der Skandal begann, stürzten Kellner in den Saal und bildeten

um den Franzosen einen Ring.

Es entstand ein Gedränge und dabei wurde mein Stuhl beiseite geschoben, so daß ich quasi aufstehen mußte. — Vors.: Sie sollen

Hauptmann Klein und Hauptmann Rougevin geschlagen haben! Wie kam das? — Angekl.: Das behauptet Graf Metternich, aber er hat bei der Gegenüberstellung ebensolowig wie Hauptmann Klein mich als denjenigen wiedererkannt, der geschlagen hat. — Vors.: Haben Sie aber bis jetzt zu einem Schläge ausgeholt? — Angekl.: Das kann bei Ansehen gebohrt haben. Ich wollte eben aus einer Flasche Wein eingießen, als unmittelbar neben mir ein Teller vorbeiflog. Dabei machte ich mit der Flasche in der Hand unwillkürlich eine Bewegung. So kann man wohl den Eindruck gehabt haben, daß ich mit der Flasche habe zugeschlagen wollen.

Es wird hierauf der Erbprinz Gottfried Hohenlohe-Langenburg vernommen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt der Erbprinz, daß er im Hotel Adlon von Ende Januar bis zum Tage des Skandals nur einmal gewesen sei.

Die Entwidlung des Skandals

konnte ich selbst nicht sehen. Ich sah in einer Gesellschaft von etwa 15 Personen am Tisch. Als das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ gespielt wurde, standen wir auf, tranken uns zu und setzten uns. Ich ging dann aus dem Saal und als ich wieder herein kam, war der Skandal in vollem Gange. Kellner umringten den Franzosen. Es ertönte Rufe „Raus“ usw. Willelei Gegenstände flogen aus der entgegengesetzten Ecke des Saales, also nicht aus der Ecke, in welcher der Tisch des Prinzen Joachim Albrecht stand, durch den Raum. Unmittelbar vor mir fiel ein Sektglas nieder. Ich stand beide Hände in der Hosentasche, als der Kapitän an mich anprallte. Offenbar glaubte Rougevin, ich wollte ihn angreifen, und schlug mit der Faust auf meinen linken Oberarm. Um weitere Schläge abzuwehren, sagte ich ihm an beiden Armen und hielt ihn fest. Den Kapitän immer noch festhaltend, wurde ich von der Menschenmenge durch den Terrassenaal in den Rastkafee gedrängt. In der Höhe des Tisches 67 oder 68 fiel ich mit dem Franzosen zu Boden. Ich lag

mit dem Kopf unter einem Tisch.

Hierauf wird, da die Vernehmung der Angeklagten beendet ist, als erster Zeuge der Mitspieler des Adlon-Hotels, der 50jährige Lorenz Adlon, vernommen. Der Zeuge gibt an, daß er den Beginn des Skandals nicht mitgemacht habe und erst durch einen Oberkellner darauf aufmerksam gemacht wurde, daß am Franzosen ein Skandal entstanden sei. Vorsitzender: Wurde das Lied „Deutschland, Deutschland über alles“ allabendlich auf Wunsch der Gäste oder aus freiem Ermessen der Kapelle gespielt? Zeuge: Meistenteils auf Wunsch der Gäste. Doch spielte die Kapelle das Lied auch freiwillig. Die deutschen Gäste standen beim Vortrag des Liedes in der Regel auf. Der Zeuge erklärt dann auf Befragen des Vorsitzenden, daß Hauptmann Rougevin und Hauptmann Klein seit Januar bei ihm wohnen und speisen. Die beiden Herren waren durch das Reichswehrministerium, einer Stelle des auswärtigen Amtes, im Hotel einlogiert. Vors.: Haben sich die beiden Herren jemals auffällig benommen? Zeuge: Nein. Sie benahmen sich auch an dem betreffenden Abend ganz anstandslos. Als ich den Saal betrat, in dem der Skandal sich entwickelt hatte, standen etwa 150 Personen um den Tisch der französischen Offiziere herum. Alles drängte

an den Franzosen

heran, von allen Seiten kamen Leute, die sehen wollten, was los war.

Staatsanwalt Gerlach: Haben Sie gehört, daß Prinz Joachim Albrecht in der Vorhalle des Hotels gesagt hat: „Morgen komme ich wieder, dann bringe ich mir meine eigene Geige mit.“ Zeuge: Ich selbst habe es nicht gehört. Es ist von einem Kellner erzählt worden.

Als nächster Zeuge wird hierauf Hauptmann Klein von der französischen Militärmission vernommen. Hauptmann Klein erklärt auf Befragen des Vorsitzenden, daß er die deutsche Sprache sehr gut versteht, sie aber nur sehr gebrochen spreche. Es wird daher Professor Leinhardt vom Gymnasium zum Grauen Kloster zugezogen, der dem Jungen die Sidesformel auf französisch vorliest. Hauptmann Klein schildert dann die Vorgänge an jenem Abend. Er habe mit seiner Gattin, mit Hauptmann Rougevin und dem Polizeikommissar Glouffe am Tisch 43 gesessen. An jenem Abend hätten sich auch am Nebentisch zwei dänische Herren niedergelassen. Auf Befragen des Vorsitzenden erklärt Hauptmann Klein weiter, er habe

keine provozierende Haltung

eingenommen, habe auch nicht gelacht, und als die Leute geschrien hätten: „Auffstehen! Raus!“ habe er sich ruhig eine Zigarette angezündet. Auf Befragen des Vorsitzenden, daß Prinz Joachim Albrecht der Ansicht sei, daß es auch nicht in Paris ohne Erregung abgehen würde, wenn ein Deutscher beim Abgang der Parfais die Hände bläse, antwortet Hauptmann Klein: „In Paris würde die Parfais nicht gespielt.“ Der Zeuge hat weiter gesehen, daß der Prinz dem Kapellmeister, der von Tisch zu Tisch ging, 50 Mark gegeben habe, weiß aber nicht, ob das Geld dem Kapellmeister zum Spielen einer eigenen Komposition des Prinzen oder zum Spielen des Liedes „Deutschland, Deutschland über alles“ verauslagt sollte. Als dann der Tumult begann, sagt dann der Zeuge weiter, habe ich gesehen, wie der Prinz zuerst aufgestanden und „Auffstehen!“ und später auch „Raus“ gerufen und wie er in der Richtung

nach dem Tisch der Franzosen eine Kerze geworfen

habe, die etwa 10 Zentimeter vom Hauptmann Klein entfernt niedergefallen ist. Von anderer Stelle aus kam eine Flasche angefliegen, die zwischen Hauptmann Rougevin und der Frau des Prinzen niederfiel. Auf Rougevin's Rücken sei auch ein Champagnerglas zerfallen. Er weiß aber, daß der Prinz, nachdem schon wieder beinahe Ruhe eingekehrt war, wieder angefangen habe „Raus“ zu rufen und eine zweite Kerze geschleudert habe, die kurz hinter dem Jungen niedergefallen sei. Dem Zeugen wurde der Stuhl weggezogen, jemand packte ihn am Hals, und als er sich umwandte, erhielt er einen Faustschlag ins Gesicht. Wer ihm diesen Schlag versetzt hat, kann der Zeuge nicht sagen, da eine große Menge den Tisch umdrängte.

(Fortsetzung im Morgenblatt.)

Behördenbummelerei sabotiert Bauarbeiten.

Eine große Berliner Baufirma hat für die der Reichs-Wehrstelle angefallene Weizenmühle Karl Salomon, Wühlstraße 8, größere Maschinenhausbauten sowie Kanalfundamente auszuführen. Die Weizenmühle hat die Wehrverwaltung Berlins zum Teil sichergestellt und ist gezwungen, ihren Betrieb aus diesem Grunde bedeutend zu vergrößern. Die Baufirma hat am 6. August 1910 ihren ersten Antrag auf Freigabe der Baumaterialien eingebracht, darauf am 12. August angefragt, wie weit die Angelegenheit gediehen ist; ihr wurde der Bescheid, daß die Erledigung 14 Tage in Anspruch nimmt. Am 17. und 30. September ist sie in dieser Angelegenheit nochmals vorkünftig geworden und es wurde ihr mitgeteilt, daß die Unterlagen verloren gegangen sind. Darauf wurden die vollständigen Anträge noch einmal eingereicht und sind am 11. März 1920 nach Prüfung durch die Baupolizei an die Baustoff-Versorgungsstelle gelangt. Nach unzähligen Nachfragen, mindestdens jedoch 10-12, erteilte am 18. März Baumeister Herrmann den Bescheid, daß der Antrag angenommen sei und an die Baupolizei abgehändigt worden ist. Die Firma hat jedoch erst am 18. April Nachricht von der Freigabe erhalten

schlich war es bei einem Umbau für die Commerz- und Disconto-Bank Friedrich, Ecke Krausenstraße. — Es ist gerade zu unverständlich, in welcher Weise dort gearbeitet wird. Von den Angestellten wird erklärt, daß sie bei diesem unordentlichen Betriebe die Lust zum Arbeiten verlieren. Unerklärlich ist es, wie in einer derartigen Dienststelle zum Wohle der Bevölkerung und zur Förderung wirtschaftlich dringender erforderlicher Bauausführungen solche Zustände herrschen können, namentlich in einer Zeit, wo jeder einzelne bestrebt sein müßte, Arbeitsmöglichkeiten in jeder Hinsicht, in diesem Falle für Baubauarbeiter, zu schaffen.

Ein Mangel an Baustoffen liegt nicht vor, da Zement und Steine ohne Freigabeheim häufig angeboten und bei entsprechenden Preisen auch geliefert werden.

„Volk und Zeit“, unsere illustrierte Wochenschrift, liegt der heutigen Postauflage bei.

An alle Schwerhörigen.

Englisch soll abeln. Das trifft auf die Schwerhörigkeit in keinem Falle zu. Hier wird Englisch zum Fluch. Da der Schwerhörige das gesprochene Wort nur mangelhaft oder gar nicht verstehen kann, haben sich in Groß-Berlin organisierte Leidensgenossen zusammen geschlossen, um ihre Interessen selbständig zu vertreten. Da es ausgeschlossen erscheint, daß die normalhörigen Genossen in unserem Wünschen und Wollen genau orientiert sind. Wir haben uns die Aufgabe gestellt allen der S. P. D. angehörigen Genossen und Genossinnen vermittelst eines „Ei Höre“, an dem jeder Genosse und jede Genossin angeschlossen werden kann, Vorträge, Abhandlungen usw., kurz alles, was ihnen sonst bei Versammlungen und Vortragsabenden gelehrt wird, zu übermitteln. Auch soll sich jeder Schwerhörige, da sich mit dem schwindenden Gehör auch in demselben Ausmaße die Sprache verliert, an den Diskussionen beteiligen, damit er nicht auch noch die Sprache einbüßt. Auch wird Rat und Hilfe bei Beschaffung geeigneter, guter Gehörapparate erteilt, so daß das überflüssige Geldausgeben für Schwimbelapparate aus der Welt geschafft wird.

Wir sind nun seit etwa einem Jahre von dem Sozialdemokratischen Verein Groß-Berlin als selbständige Gruppe anerkannt und geben unsere Versammlungen unter der Bezeichnung „Schwerhörigen-Gruppe“ vorläufig immer am 1. und 3. Sonntag im Monat bekannt, die Zusammenkünfte erfolgen dann immer am darauffolgenden Mittwoch wie bei der S. P. D. im allgemeinen. Sind wir auch anerkannt, so frant die Sache noch immer daran, daß die schwerhörigen Genossen aus den einzelnen Abteilungen an uns noch nicht überwiesen worden sind. Wenn sich bei uns Genossen, die des Englisch nicht, ohnehin zu werden, belästigen würden, so könnte das nicht nur der Gruppe, sondern auch ihnen von Nutzen sein.

Die Schwerhörigen im Reiche sollten unserem Beispiel folgen, sich der Partei anschließen, in allen größeren Städten besondere Gruppen bilden und ihre Interessen selbständig vertreten. In dieser bewegten Zeit darf keiner zurückbleiben, jeder muß bei den kommenden Reichstagswahlen bereit sein, einzutreten für seine Ueberzeugung. Darum schließt sich zusammen, organisiert und organisiert und bestmöglicherweise für einen überwältigenden Sieg der Sozialdemokratischen Partei.

Zu jeder Auskunft über evtl. Gründung sowie Auf- und Ausbau einer Schwerhörigen-Gruppe der S. P. D. oder über evtl. Bezug guter Hörapparate ist stets bereit Gustav Galisch, Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 134 II rechts.

Partei- und Gewerkschaftsblätter werden um Abdruck ersucht.

Der Personenzugverkehr zwischen Deutschland und Polen wird für die Zeit vom 16. bis 26. April gesperrt. Der Verkehr nach Dirschau ist während dieser Zeit nur auf dem Seewege über Swinemünde-Pillau möglich. Die D-Flüge 532 nachmittag und 610 nachmittags ab Berlin, Stettiner Bahnhof, verkehren ab 16. April nicht mehr. Am 532 nachmittags verkehrt während dieser Zeit ein Personenzug zwischen Berlin und Stettin. Die D-Flüge ab Berlin, Stettiner Bahnhof 7.54 vormittags und an Berlin, Stettiner Bahnhof 10.30 abends, verkehren ab 17. April nur noch zwischen Berlin und Stolp in Pommern.

In eine Halle gefaßt und beraubt wurde ein Werkmeister J. aus der Prenzlauer Allee. In ihn traten zwei Männer heran, die behaupteten, ihm einen Zentner Kaffee für 2000 M. verkaufen zu können. J. ging auf den Handel ein und folgte den beiden nach einem Hausflur am Georgenkirchhof, wo das Geschäft abgeschlossen und der Kaffee übergeben werden sollte. Kaum hatten die drei den Flur betreten, da fielen die beiden „Verkäufer“ über den Werkmeister her und raubten ihm die Brieftasche, die 3000 M. enthielt. Dann ergrieffen sie die Flucht und entkamen.

Die Vorgänge in der Anordnungs sind aufeinander auf rein sozialistische Bestrebungen zurückzuführen. Der Metallarbeiterverband war über sie nicht unterrichtet und steht ihnen vollständig fern. Die Arbeiterschaft wird sich heute mit der Angelegenheit in einer Betriebsversammlung beschäftigen.

In der Kronen, Lindenstraße, wird Zil. Erna Kottmann ihren mit munderbar plattlichen farbigen Bildern angefüllten Vortrag „Kühling am Necker“ am Sonntag, Montag, Donnerstag und Sonnabend wiederholen. Am Mittwoch hält Herr Professor Franz Goerke noch einmal seinen Vortrag „Kühling und der W“ und am Dienstag und Freitag wird Herr Kubel de Rood einen interessanten Vortrag über „Oskalkische Reiter in Krieg und Jagd“ halten.

Allgem. Kranken- und Sterbefälle der Metallarbeiter, Halle Berlin 3. Mitgliederversammlung Sonnabend, 8 Uhr, bei Kasper, Rindenberg-Strasse 154.

Die Kafee. Gestern abend war Generalprobe der „Kafee“, des neuerschiedenen Kabarets. Man hatte noch der pompösen Ankündigung eigentlich mehr erwartet; so gab es nur die üblichen Variationen auf Jellverhältnisse und einen ziemlich unbedeutenden Einakter von Kelly Salten „Schöne Seelen“, vorgeleitet von Käthe Berch und Paul Morgan. Der einzige Gewinn des Abends war die kleine Tänzerin Marjole Gramp.

Begrüßungsfeier für Kriegsgelungene. Der Reichsbund der Kriegsgelungenen veranstaltet am Sonntag, den 18. April, vormittags 10 Uhr, im Jirkus Busch eine Begrüßungsfeier für die aus der Gefangenschaft heimgekehrten Kameraden. Kamalje Künstler haben ihre Mitwirkung zugesagt. Der Eintritt ist frei, jedoch nur gegen Karte, die in der Voraufrage in der Geschäftsstelle, Berlin, Wilhelmstr. 9 sowie an der Jirkus-kasse ausgegeben wird.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Morgen, 17. April:

Neußk. 7 Uhr, Funktionär- und Betriebsvertrauensleute der 4. Abt. bei Schmidt, Ecke Saale- und Unterstrasse.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freiwirtschaftliche Gemeinde. Sonntag, 11 Uhr, Stadthaus, Klosterstraße 50. Vortrag des Herrn Dr. R. Brin: Leihings Kathan der Welt. — Harmonium: Zug zum Münster (Wagner). — Gäste willkommen.

Zentralverband der Arbeits-Anh. Deutschlands. Bezirk Osten. Mitgliederversammlung Sonntag, 10 Uhr, Aula, Feuchter, 33.

Sport.

Der Grabiger Rennklub, der bekanntlich Staatseigentum ist, wird nicht aufgelöst. Die diebstahlige Nachricht, die durch einen Teil der Berliner Presse geht, ist falsch.

Versicherung aller Reiter und des Stallpersonals gegen Unfälle. Vom 1. April 1920 ab sind alle Reiter und das Stallpersonal (Stenreiter, Jockeys, reitende Lehrlinge und das im Stall beschäftigte Personal) gegen diebstahlige und außerberufliche Unfälle versichert. Die Versicherung ist ohne Unterschied gleichmäßig für alle Kategorien abgeschlossen auf einen Betrag von 10 000 M. für den Todesfall, 30 000 M. für den Invaliditätsfall und 20 M. Tagesentschädigung, die vom ersten Tag der Krankheit ab gezahlt wird.

Groß-Berlin

Der neue Brotpreis.

Vom Lebensmittelverband Groß-Berlin wird und mitgeteilt: Die amtlichen Auslassungen der Reichsstellen über die Berechnung der neuen Weizenpreise enthalten auch Mitteilungen über einen neuen Brotpreis in Höhe von 8,85 M., die aber auf irrigen Voraussetzungen beruhen. Die Erhöhung der Weizenpreise, einschließend der ihr automatisch folgenden Erhöhung der Umlagsteuer, ergibt bereits bei richtiger Berechnung einen über 4 M. hinausgehenden Brotpreis. Inwieweit der Lebensmittelverband die ihm nahegelegten Ansprüche der beteiligten Gewerbetriebe noch berücksichtigen kann und wie sich danach der neue Brotpreis endgültig gestaltet, wird der Lebensmittelverband in seiner Sitzung am kommenden Dienstag bestimmen. Preise und Begründung werden der Öffentlichkeit bekannt gegeben werden.

